

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

LI/51

Hannover, 27. Juni 1947  
Telefon: 20951

## Deutsche Gemeinschaftsschule

Von Rektor Edler, Goslar

Nachdem seit Jahr und Tag eine einseitige Beeinflussung und Unterdrückung der Bevölkerung in der Frage der Bekenntnisschule erfolgt ist, ist es Zeit, zu dieser Hauptfrage der Schulpolitik grundsätzlich Stellung zu nehmen. Auf Verlangen der Kirchen wurden die Eltern in der britischen Zone vor Jahresfrist zu einer Abstimmung über die Frage der Bekenntnisschule aufgerufen. Die Meldungen der Eltern gingen zunächst sehr spärlich ein, und viele kamen in jenen Abstimmungstagen zur Schule und erklärten, sie dächten nicht daran, ihre Kinder aus der Gemeinschaftsschule herauszunehmen. Die meisten blieben auch bei dieser Einstellung. Wenn einige dann hinterher doch eine Abmeldung ihrer Kinder aus der Gemeinschaftsschule abgaben, so hatte das seine ernstesten Gründe, die freilich kaum etwas mit Gewissensfreiheit zu tun hatten.

In dieser Zeit wirtschaftlicher Not und sozialen Unfriedens sollte alles vermieden werden, was weitere Klüfte aufreißt und die äußere und innere Not vergrößert. Abgesehen davon, daß durch die Forderung der Bekenntnisschule große und leistungsfähige Schulsysteme zerschlagen und häufig wenig gegliederte, kleine Zwergschulen geschaffen werden, sollte man sich in die Erinnerung zurückrufen, daß in jenen Gebieten, in denen die Kinder nach Konfessionen getrennte Schulen besuchen, häufig auch eine Trennung der Spiel- und Lebensgemeinschaften erfolgte. Aus dieser Schulzeit brachten dann oft die Erwachsenen jene Hemmungen mit, in ihren altersgläubigen Kameraden nicht den gleichwertigen Mitmenschen zu sehen. Die Geschichte lehrt, daß über kaum ein anderes Land durch die Trennung in Konfessionen in der Vergangenheit soviel Not und Elend gebracht wurde wie über Deutschland. Es wäre an der Zeit, solchen Bruderstreit endlich zu überwinden. Nicht das Dogma, sondern christliche Nächstenliebe sollte als ein einigendes Band die deutschen Menschen umschließen! Gegenwärtig, da sich erwachsene Menschen unter Hintanstellung konfessioneller Unterschiede in politischen Parteien zusammenfinden, sollten diese Trennungen nach Bekenntnissen für die Volksschulen/ gefordert werden. Es ist zu bedenken, daß im allgemeinen nur von konfessionellen Volksschulen geredet wird, während die Mittel- und höheren Schulen und die Universitäten eine konfessionelle Trennung nicht kennen.

Vielfach ist in der Öffentlichkeit auch die Meinung vertreten, die Gemeinschaftsschulen seien Schulen ohne Religionsunterricht und nur an den Bekenntnisschulen würde Religionsunterricht erteilt. Diese Meinung ist irrig! An den Gemeinschaftsschulen ist Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Die ev. Kinder werden während des Religionsunterrichtes genau wie die kath. Kinder in besondern Klassen zusammengefaßt. Der Unterricht wird von Lehrern erteilt, die auf dem Boden des jeweiligen Bekenntnisses stehen und Unterrichtsbefähigung und Erlaubnis zur Erteilung ev. oder kath. Religionsunterrichts haben.

/nicht

Die deutsche Lehrerschaft steht beinahe geschlossen auf dem Boden der Gemeinschaftsschule, der Schule, die nach unserem materiellen und geistigen Zusammenbruch dazu ausersehen ist, junge Menschenkinder zu erziehen im Geiste des Friedens und der Verständigung. Diese Aufgabe ist nur zu lösen, wenn alle zur Erziehung Berufenen in einer gemeinsamen Schule in gegenseitiger Toleranz den höchsten Idealen der Menschheit wieder Raum verschaffen!

Woran aber liegt es, daß dieser Streit völlig überflüssig und verfrüht wieder in die öffentliche Auseinandersetzung getragen wurde? Nur daran, daß es einigen Fanatikern des Konfessionalismus gelungen war, der Besatzungsmacht zu suggerieren, die Gemeinschaftsschule sei ein gesüßtes Produkt des Nationalismus, und ein Kampf für sie sei ein Kampf für die Gotteslosigkeit und gegen die Kirche, also im Sinne des Nationalsozialismus. In völliger Verkennung der Tatsachen und der geistesgeschichtlichen und kulturpolitischen Entwicklung in Deutschland hat die Militärbehörde sich zu jener Maßnahme der Abstimmung anregen lassen, die nicht die mindeste Begründung in den tatsächlichen Verhältnissen fand wie sie in Deutschland (anders als in England) bestanden. Die Gemeinschaftsschule ist ein Produkt der Ideen der Freiheit und des Liberalismus und entstand aus der Forderung, den Kindern des Volkes eben die gleichen Rechte und Chancen zu gewähren, die die Kinder der bessergestellten Schichten auf den höheren Schulen seit Jahrzehnten genießen. Die Deutschen müssen die konfessionelle Trennung überwinden, die ihre Geschichte seit Jahrhunderten tragisch belastet. Die Gemeinschaftsschule ist nicht kirchenfeindlich, sondern gewährt Religionsunterricht und religiöse Erziehung. Sie fördert aber auch die nationale Geschlossenheit. Ist das ein Grund, sie zu verdammen? Wollen manche Kreise der Rechten etwa eine solche Verdammung unterstützen?

### Berlin als Schulbeispiel

E.B. Die Begleiterscheinungen, unter denen am letzten Dienstag die Wahl des neuen Berliner Oberbürgermeisters vor sich gegangen ist, verdienen in ganz Deutschland stärkste Beachtung. Sie zeigen nämlich besonders deutlich, welche Schwierigkeiten seitens der alliierten Besatzungspolitik der Durchsetzung demokratischer Verwaltungs- und Regierungsmethoden in einem einmal einheitlichen Deutschland entgegengestellt werden könnten. Ohne daß man auf die Vorgeschichte noch einmal einzutreten braucht, sei zum gegenwärtigen Stand der Dinge das Folgende gesagt.

Der neu gewählte Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter darf sein Amt zunächst nicht antreten, weil, ebenso wie es bei dem Rücktritt des früheren Oberbürgermeisters der Fall war, auch der neugewählte Oberbürgermeister jetzt noch von der alliierten Kommandantur bestätigt werden muß. Das ist vielleicht verständlich, soweit es sich für die Kommandantur handelt, nachzuprüfen, ob der neugewählte Oberbürgermeister die erforderlichen gesetzlichen Bedingungen erfüllt, zum Beispiel ob er nicht ein verkappter Nationalsozialist ist - vorausgesetzt, daß bei aller Besatzungsmächten ein Mindestmaß an Übereinstimmung in der Auffassung darüber besteht, was unter einem Nationalsozialisten zu verstehen ist. Da eine solche Übereinstimmung nicht unbedingt erwartet werden kann, eine Einstimmigkeit für alle Beschlüsse der Kommandantur aber erforderlich ist, kann es passieren, daß selbst der nach den üblichen Auffassungen beste Demokrat der Ablehnung durch die Kommandantur ausgesetzt ist.

Wie aus Bestätigungsrecht der Alliierten Kommandantur tatsächlich aufgefaßt werden kann, zeigen die Einschüchterungsversuche sowjetischer Offiziere, die kurz vor der Wahl Reuters die Vertreter der Berliner CDU und LDP in ihre Amtsräume zitierten, um vor ihnen eine amtliche Stellungnahme der sowjetischen Besatzungsbehörde zu verlesen, in der eine geplante Diskussion der Stadtverordnetenversammlung über das Bestäti-

gungsrecht als unstatthaft bezeichnet, ferner angekündigt wurde, daß Reuter für eine Bestätigung niemals die Zustimmung der sowjetischen Mitglieder der Kommandantur erhalten werde.

Wäre nun das Bestätigungsrecht ein Konstruktionsfehler, der in die von den Alliierten oktroyierte Berliner Verfassung ursprünglich im ersten Eifer der Occupation aufnahme gefunden hätte, und würden heute die Besatzungsmächte bereits die Schwierigkeiten erkannt haben, die dieses Bestätigungsrecht dem Funktionieren eines wirklich demokratischen Regimes bereiten muß, so wäre das alles noch verständlich. In Wirklichkeit aber war dieses Bestätigungsrecht nach Auffassung der Berliner demokratischen Parteien und der maßgebenden Berliner Juristen ursprünglich keineswegs in der Berliner Verfassung verankert. Erst in Zusammenhang mit dem Fall Reuter wurde bekannt, daß zum mindesten eine Besatzungsmacht die Bestätigung für erforderlich hielt. Da in der Frage der Bestätigung des Rücktritts Ostrowskis in der Kommandantur zunächst keine Einstimmigkeit erzielt werden konnte, wurde der Streit an den Alliierten Kontrollrat weitergegeben, und im Laufe seiner Beratungen stimmten die Vertreter aller vier Mächte der Auffassung der einen Besatzungsmacht zu. Seitdem, also seit etwa zwei Wochen, steht es fest, daß der neugewählte Oberbürgermeister der Bestätigung durch die Alliierte Kommandantur bedarf.

Man hat sich anfangs vergebens gefragt, durch welche Motive die übrigen Mächte veranlaßt worden sind, nach zwei Jahren bitterer Erfahrung mit der vorgeschriebenen Einstimmigkeit alliierter Beschlüsse eine solche Bestimmung erneut zu sanktionieren, da doch die Gefahr klar erkennbar war, daß das Bestätigungsrecht den demokratischen Willensausdruck der deutschen Wähler direkt vereiteln kann. Die Erklärung, die in eingeweihten politischen Kreisen gegeben wird, lautet: Falls die Einheit Deutschlands trotz aller Widerstände erzielt werden kann, so sei es klar, daß die Leiter der dann einzusetzenden deutschen Zentralverwaltungen ebenfalls der Bestätigung durch die Alliierten bedürfen würden. Was Berlin heute im Kleinen ist, würde dann ganz Deutschland im Großen sein. Nichts würde geschehen können, ohne die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte. Berlin war gewissermaßen ein Schmelztopf.

Falls diese Erklärung richtig ist, so kann ihre Bedeutung für die zukünftige gesamtdeutsche Entwicklung nicht ernst genug eingeschätzt werden. Was wir heute in Berlin erleben, kann dann Deutschlands Schicksal sein. Der beste deutsche Demokrat und Fachmann könnte dann genau so zu Fall gebracht werden, wie heute der beste Berliner Demokrat und Fachmann. Die demokratische Selbstverwaltung des deutschen Volkes könnte dann zur Farce werden. Für deutsche Politiker ist es gut, diese Entwicklungsmöglichkeit im Auge zu behalten und rechtzeitig eine bessere Sicherung der Demokratie in Deutschland zu fordern und mitschaffen zu helfen.

### Parteienkrise in der Ostzone?

K.W. Berlin, im Juni

Der ehemalige Präsident der Zentralverwaltung für Handel und Versorgung in der Sowjetzone, Dr. Buschmann, der vor einigen Monaten sein Amt niedergelegt hatte und unter Protest aus der SED ausgetreten war, hat kürzlich in Stuttgart vor Journalisten erklärt, die CDU und die LDP in der Ostzone dienten lediglich der SED zu ihrer Absicht, "in der Ostzone Demokratie zu spielen". Die Berliner Organe der beiden Parteien, die unter russischer Lizenz stehen, haben daraufhin prompt und gleichzeitig reagiert und auf verschiedene Diskussionsgegenstände hingewiesen, die sie mit der SED hätten. Gleichzeitig aber lobten sie die Politik des sogenannten "Demokratischen Blocks" der Parteien in der Ostzone als diejenige Methode, die gegenüber der Parteienpolitik in den anderen Zonen unbedingt den Vorzug verdiene.

Kenner der Ostzone werden verstehen, was solche Erklärungen angesichts der Parteipolitik bedeuten. Daß die gesamte politische Struktur der Ostzone

schon heute eher dem Modell des sowjetischen Staates zusteuert als den in Mitteleuropa gewohnten Maßstäben. Doch die beiden "bürgerlichen Parteien" in der Ostzone berufen sich stets auf die durch wahlen verbürgte Feststellung, daß etwa die Hälfte der Wählerstimmen in der Ostzone ihnen im Herbst des Vorjahres zugefallen sei. Wer in der Ostzone lebt, wird freilich im vergangenen halben Jahre von der "Hälfte" dieser Mitbeteiligung an der Entwicklung der Ostzone wenig bemerkt haben. Die Apparatur der SED weiß sich so sicher im Schatten der Besatzungsmacht, daß die anderen Parteien in der Tat während des vergangenen Halbjahres nur die Rolle von Kulissen gespielt haben.

Es ist jedoch jetzt bei einigen dieser Parteilgruppen zum ersten Male der Versuch einer eigenen politischen Meinungsbildung festzustellen. Begonnen hat er unmittelbar nach dem demonstrativen Abzug der Ostzonenminister vor Beginn der Münchener Konferenz - und dies gleichzeitig in Thüringen und in Berlin. Die LDP, deren Vorsitzender Dr. Kuelz in der Ostzone als besonders geneigt gilt, die SED-Weisungen auch für seine Partei verbindlich zu machen, hatte in einzelnen Landesverbänden seit langem gegen die vollkommen unbeständige und jedem SED-Kompromiß ergebene Politik der Kuelzschen Leitung schwere Bedenken. In Thüringen kam es zu einer Art kleiner Rebellion und zu gleicher Zeit mißbilligte in Berlin ein Berliner Parteitag der LDP in scharfer Weise die Abreise der Ostminister aus München und gab ihnen und den dahinter stehenden Kräften die Schuld daran, daß die deutsche Einheit durch Phrasen geschwächt würde. Der Parteivorsitzende Dr. Kuelz jedoch beeilte sich in einer öffentlichen Erklärung, zu München lediglich sein "Bedauern" über das Nichtzustandekommen eines gemeinsamen deutschen Akkords auszusprechen. Die allgemeine Verwirrung war groß. Die CDU ihrerseits suchte in öffentlichen Feststellungen zu München eine Haltung einzunehmen, die die sture Abreise der Ostminister zwar verurteilte, der Leitung der Münchener Konferenz aber doch icharmlos zu geringe "Elastizität" vorwarf. Die "Junge Union" hingegen machte in deutlichen Bekundungen aus ihrer Auffassung kein Hehl, daß das Verhalten der Ostzone in München das Jerede von der deutschen Einheit als Phrase entlarvt habe.

Es ist schwer, vorauszusagen, ob diese verschiedentlichen Äußerungen eine neue Phase für die beiden "bürgerlichen Parteien" ankündigen. Auch früher gab es schon einmal Versuche dafür, daß diese Parteien verschiedene kleine Versuche machten, sich gegen die Allmacht des neuen Totalitarismus zu stellen. Inzwischen haben diese Parteien aber ihre Erfahrungen mit der "Blockpolitik" der Ostzone gemacht. Sie spüren, daß tatsächlich ihre Anwesenheit in den Parlamenten der SED nur für ihr Manöver mit der Demokratie nötig ist. Daß jetzt einzelne Gruppen dieser Parteien versuchen, in mehr als bloßen Bagatellsachen eine demokratische Meinung zu haben, ist ohne Frage als eine Folge der unverdrossenen demokratischen Politik zu bewerten, die die Sozialdemokratie auf der Insel Berlin gegen alle Widrigkeiten und Schwierigkeiten, die ihr gemacht werden, betreibt.

Wenn in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eben ein Antrag allein gegen die Stimmen der SED angenommen wurde, wonach der Berliner Magistrat bei den Alliierten Behörden dafür wirken möge, daß als Voraussetzung für die Vereinheitlichung Deutschlands die Herstellung der demokratischen Rechte und damit die Zulassung der SPD in der Ostzone geschaffen werden müsse, zeigt dieses Faktum, wie sehr heute die "Zusammenarbeit" der bürgerlichen Parteien in der Ostzone durch die totalitären Ansprüche der SED in eine Krise eingetreten ist. Die bürgerlichen Parteien sind heute dort am Rande ihrer Existenzmöglichkeiten angelangt. Ob freilich dieser späte Aufschrei, der sich aus der Ostzone nach Berlin rettet, die eindeutige Entwicklung im Osten wird aufhalten oder in ein anderes Bett lenken können, das wird erst die Zukunft lehren.

## "Travestie einer Landreform"

### Bodenreform in englischer Beleuchtung

als weiteren Beitrag zur Frage der  
Bodenreform in der britischen Zone  
bringen wir eine Stellungnahme der  
bekannten englischen Zeitschrift  
"Tribuna" vom 20.6.1947.

"Vor einer Woche, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, hat General Robertson endlich dem Zonenbeirat in Hamburg seinen Vorschlag für die Bodenreform vorgelegt. Er wirkte schockartig auf alle, die der Ansicht waren, daß die britische Arbeiterpartei fortschrittliche Ansichten über dieses Thema habe. General Robertsons Vorschlag sieht vor, daß Gebiete über 375 Acres - und nicht über 250 wie in der russischen und amerikanischen Zone - abgetreten werden sollen. Das ist offensichtlich ein Provisorium, das dem Ziel dient, die Rechte der Großgrundbesitzer so wenig wie möglich zu schwächen und die Ansprüche der neuen Siedler so niedrig wie möglich zu halten.

Über drei Millionen Menschen sind als besitzlose Flüchtlinge aus den ostpolnischen (jetzt polnischen Gebieten) in die britische Zone gekommen. Ein großer Teil von ihnen waren Bauern. Sie anzusiedeln oder wenigstens so vielen von ihnen wie möglich die Chance zu geben, sich ein neues Leben aufzubauen, hätte sicherlich das höchste Ziel der Bodenreform in der britischen Zone sein sollen. Aber das ist nicht der Fall. Ländereien der Kirchen sind (im Gegensatz sowohl zur amerikanischen wie russischen Praxis) aus der Reform ausgenommen und selbst andere Großgrundbesitzer können ihre Gebiete behalten, wenn sie nachweisen können, daß es sich dabei entweder um Musterfarmen oder um Plantagen für Zuchtzwecke handelt. Nur zu viele werden in der Lage sein, einen solchen Beweis zu bringen.

Sogenannte Landkommissionen sollen über das zu enteignende Land entscheiden. Aber das hat nur akademische Bedeutung, da die Kontrollkommission die Absicht hat, dem Besitzer das Recht einzuräumen, das enteignete Land solange zu bebauen, bis es unter neuen Siedlern aufgeteilt ist. Auf diese Art verdrängt die Maßnahme geschickt politische Reklameschau mit Verzögerung auf unbestimmte Zeit. Die Verantwortung für diese traurige Travestie einer Landreform scheint sowohl bei der gesetzgeberischen wie der Verwaltungs- und Landwirtschaftsabteilung der Kontrollkommission zu liegen.

Die Regierung hatte anscheinend bei der Ausarbeitung des Planes nichts zu sagen. Aber die Regierung muß dafür die Verantwortung auf sich nehmen und wird dafür verantwortlich gemacht werden. Als General Robertson seinen Vorschlag in Hamburg vorlegte, ließ die Aufnahme keinen Raum für Mißverständnisse. Alle Vertreter der Linken, des Zentrums und selbst der linke Flügel der CDU, und das bedeutet über die Hälfte der Vertreter, sagten schlangensweg "nein". Auch die Konservativen lehnten den Vorschlag aus Gründen, die sie allein kenne, ab. So erlitt General Robertson und mit ihm die britische Regierung eine schwere politische Niederlage. Eine fortschrittliche Lösung des Bodenproblems hätte indessen dazu beitragen können, das beschädigte Renommee der britischen Regierung in Deutschland wieder herzustellen."

### Deutsche Techniker nach Kanada

Wie G. D. Mallory, Direktor des Industrie-Büros der kanadischen Regierung, bekanntgab, werden in den nächsten sechs Wochen sieben deutsche Maschinen-Werkzeug-Techniker nach Kanada kommen, um dort am Aufbau zweier neuer industrieller Werke mitzuhelfen. Es handelt sich um die ersten sieben von insgesamt 15 deutschen Spezialisten, die im Zuge des englischen Divisionsplans für die Verteilung deutscher "Köpfe" auf die alliierten Länder nach Kanada gebracht werden.

(E10/276/hs)

Die Wandlung Herrn Lomakins

Eine kuriöse, kleine Geschichte, die ein bezeichnendes Licht auf die diplomatischen Methoden der Russen wirft, erzählt der Korrespondent des "Manchester Guardian" bei der UNO. Auf einer sehr interessanten, vierzehntägigen Beratung eines bestimmten Sub-Komitees für die Freiheit der Presse wurde Rußland durch einen Herrn Jakob Lomakin, den russischen Generalkonsul in New York, vertreten. Herr Lomakin war so aufgeschlossen und offenherzig, wie man es bei den Russen nicht gewohnt ist. Er wurde jeweils nur von einer Sekretärin begleitet, griff sehr positiv in die Debatten ein und machte eines Tages sogar die Bemerkung "Wir brauchen uns nicht erst stets in Moskau zu erkundigen". Die Bemerkung erregte öffentliches Aufsehen und wurde kommentiert und zwei Tage später - erschien Herr Lomakin in Begleitung zweier stämmiger, schweigsamer Russen, die wie Überlebende der todverurteilten Leibwache aussahen, die Molotow in San Francisco umgeben hatte. Sie schlossen Herrn Lomakin regelrecht ein. Zuweilen reichten sie ihm kleine Notizen, während er sprach und in 24 Stunden hatte sich Herr Lomakin grundlegend geändert. Er war ein vollendeter Lomakin - Molotow geworden, er widersprach, Einwände erhob, Opposition trieb und alles hinauszuzögern versuchte. Die russische Politik hatte sich von ihrem Lapsus völlig erholt und verfolgte unverändert ihre alten Methoden! (BlO/276/hs)

Kommunalpolitische Kurse

Die Sozialdemokratische Partei in Hessen hält im August eine Reihe wöchentlich-kommunalpolitischer Kurse für Bürgermeister ab. Erste Fachleute, Praktiker und Kommunalpolitiker diskutieren über akute Fragen der Selbstverwaltung. Gleiche Kurse zu Anfang dieses Jahres zeigten beste Beteiligung und ausgezeichnete Erfolge, die den Gemeinden zugute kommen.

Für Absage der Eindrittel-Nachwahlen

Die Fraktion der SPD in Niedersächsischen Landtag hat den Antrag gestellt, die für den Herbst vorgesehenen Eindrittel-Nachwahlen abzusagen und die Gemeinderäte und Kreistage nach Verabschiedung des neuen Kommunalwahlgesetzes vollkommen neu zu wählen.

Dank und Abschied

Mit der Ausgabe dieser Nummer des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" scheidet der unterzeichnete bisherige Herausgeber und Chefredakteur aus der Redaktion aus. Am 7. Mai 1946 erschien nach mehr als dreizehnjähriger Unterbrechung der "Sozialdemokratische Pressedienst" wieder, der 1933 dem Terror Hitlers weichen mußte. Dem Verständnis und mancher freundlichen Hilfe vieler Redaktionen und Verlage der deutschen und der ausländischen Presse ist es zu danken, daß es gelungen ist, in wenig mehr als zwölf Monaten unter den wahrlich schwierigsten Umständen, in ständigen Kampf um Papier, um einen Arbeitsraum und um eine befriedigend schnelle postalische Beförderung dem Pressedienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im In- und Ausland die Verbreitung und Beachtung zu sichern, die der Stimme dieser Partei gebührt, deren politisches Gewicht für Deutschland und für die endgültige Regelung der europäischen Angelegenheiten von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Ich benutze die Gelegenheit des Abschiedes, der durch meine Wahl zum Chefredakteur des "Deutschen Pressedienstes" erforderlich wird, um allen Mitarbeitern und den Freunden und Interessenten des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" Dank zu sagen und um Sie zu bitten, denen Ihre wertvolle Unterstützung ebenso zu gewähren, die die Arbeit im gleichen Geiste und Willen fortsetzen werden.

gez. Fritz Säger